Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7458**

17. Wahlperiode 26. 10. 2011

Antrag

der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Willi Brase, Petra Crone, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Mechthild Rawert, Rita Schwarzelühr-Sutter, Kerstin Tack, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Strategie gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viele Lebensmittel landen im Müll – auf dem Weg vom Acker über die Produktion, den Großmarkt, den Supermarkt oder das Gastgewerbe bis zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern; auf jeder Stufe der Warenkette werden brauchbare Lebensmittel weggeworfen.

Das Ausmaß der Verschwendung war bisher ebenso wenig präsent wie die verheerenden weltweiten sozialen und ökologischen Folgen. Denn für die Produktion der weggeworfenen Lebensmittel werden Wasser und Rohstoffe verbraucht und landwirtschaftliche Flächen genutzt. Steigende Preise sind die Folge; und dies auch in den armen Ländern der Welt, in denen die Ressourcen dringend benötigt werden, um für Nahrungssicherheit vor Ort zu sorgen und den Hunger zu bekämpfen.

Zudem werden für Anbau und Produktion Dünger und Energie eingesetzt, Umwelt und Klima werden belastet.

Durch die Berichterstattungen in den Medien sind inzwischen viele Menschen auf das Thema Lebensmittelverschwendung aufmerksam geworden. Eine Petition beim Deutschen Bundestag sieht eine Ursache für Lebensmittelverschwendung darin, dass das Mindesthaltbarkeitsdatum oft missverstanden wird. Sie wurde bisher von über 2 100 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet.

Die Verwendung des Mindesthaltbarkeitsdatums wird in der EU-Lebensmittelinformationsverordnung verbindlich geregelt. Die Verhandlungen dazu sind gerade abgeschlossen worden. Das Mindesthaltbarkeitsdatum ist dort von der Bundesregierung nicht thematisiert worden.

Die bessere Aufklärung oder die Suche nach einer Alternativformulierung zum Begriff Mindesthaltbarkeitsdatum kann nur eine von vielen Maßnahmen sein. Denn für die Verschwendung von Lebensmitteln gibt es viele und sehr unterschiedliche Gründe. Deshalb muss eine umfassende Strategie gegen die Lebensmittelverschwendung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

Die von der Bundesregierung Ende letzten Jahres angekündigte Untersuchung zur Lebensmittelverschwendung ist ein wichtiger Schritt. Sie soll erstmals kon-

kretes und belastbares Zahlenmaterial über Art und Menge der in Deutschland jährlich weggeworfenen Lebensmittel liefern.

Doch nach fast einem Jahr liegen immer noch keine Ergebnisse vor. Mit dem Abschluss der Untersuchung wird erst Anfang nächsten Jahres gerechnet.

Aber es besteht dringender Handlungsbedarf. Auch ohne die genauen Zahlen zu kennen, können einige Probleme sofort angegangen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– zu prüfen, ob und ggf. welche rechtlichen oder versicherungstechnischen Regelungen Lebensmittelhändler und andere Anbieter daran hindern, den Zugang zu weggeworfenen Lebensmitteln für Bedürftige, sog. Mülltaucher oder sonstige nicht kommerzielle Nutzer, zur privaten Weiterverwertung zu ermöglichen;
– Maßnahmen zu entwickeln, die überall dort, wo Lebensmittel weggeworfen werden, Anreize für die Verantwortlichen schaffen, genießbare Lebensmittel für nicht kommerzielle und wohltätige Zwecke freizugeben;
– sich bei den Ländern dafür einzusetzen, dass die Themenfelder Wertschätzung und verantwortungsvoller Umgang mit Lebensmitteln sowie die weltweiten sozialen und ökologischen Folgen von Lebensmittelverschwendung an den Schulen in den Lehrplan aufgenommen werden;
– auch auf EU-Ebene das Thema Lebensmittelverschwendung anzusprechen, sich für die Überarbeitung aller Handelsnormen für Obst und Gemüse einzusetzen und nach gemeinsamen Strategien zu suchen, um die Verschwendung von genießbaren Lebensmitteln zu minimieren;
– zu prüfen, ob die EU-Regelung zum Mindesthaltbarkeitsdatum die Weitergabe von Lebensmittelüberschüssen an Tafeln oder zu ähnlichen nicht kommerziellen Zwecken unnötig erschwert, und ggf. Alternativen zu entwickeln;
– mit Hilfe der Erkenntnisse der Verbraucherforschung gezielt über die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums aufzuklären oder geeignete Alternativen dazu zu entwickeln;
– nach Abschluss der Untersuchung zur Lebensmittelverschwendung die Ergebnisse sorgsam auszuwerten;
– einen Runden Tisch einzusetzen, an dem gemeinsam mit Händlern, Herstellern, Importeuren, Landwirten, Verbrauchern, Verbraucherforschern, Umweltorganisationen und Gewerkschaften Strategien zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung entwickelt werden;
– einen Ideenwettbewerb zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen auszuschreiben, der das Thema in die Öffentlichkeit trägt und neben den Wirtschaftsbeteiligten auch Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, ihre Vorschläge einzubringen.

Berlin, den 25. Oktober 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333